

tige Lösung wird seiner Ansicht nach in der Umwandlung der Danesjahreszahlungen in eine feste, durch internationalen Anleihe zu tilgende Kapitalschuld bestehen. Ein solcher Gedanke liegt nahe und manches spricht für ihn. Andererseits darf nicht verkannt werden, daß auch hier viele Schwierigkeiten wieder aufstünden, die den Danesplan belästigen. So bleibt z. B. das Transferproblem bestehen, gleichgültig, ob man Daneszahlungen überträgt oder Zinszahlungen der Reparationsanstalten überträgt oder auf jeden Fall gut tun, sich über den Lösungsvorschlag Bergmanns auseinandersetzen, denn — Bergmann glaubt in zwei Jahren — das Reparationsproblem wird und muß wieder auf einer endgültigen Lösung entgegengeführt werden. Die eingehende Kritik des Bergmannschen Bundes aber ist jedermann sehr zu empfehlen, besonders denjenigen, die heute wieder glauben, durch solche Gebärden und Entschlüsse, durch Kenntnis der tatsächlichen Lage unbeschwert, Volksgeschichte machen zu können. Gerade ihnen dürfte die heilsame Lehre geben, daß hier mit Ruhe und Barmhertigkeit alles zu erreichen, mit kindischem Gerede aber alles noch zu verderben ist.

Aus Parlamenten und Parteien

Die Demokratische Partei an Luppe.

Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei hat das nachstehende Telegramm an Bürgermeister Luppe-Nürnberg gerichtet:

„Die glänzende Reifezeit, die Ihnen durch Einstellung des Verfahrens zuteil wurde, übersteht uns nicht. Zum Zusammenbruch des Verleumdungsgebüdes beglückwünschen wir Sie, den Vorläufer des republikanischen Reifegebüdes auf das herzlichste.“

Der Landesverband der Deutschen Demokratischen Partei in Bayern hat ebenfalls in einem Telegramm Oberbürgermeister Luppe seine Glückwünsche übermittelt. Die demokratische „Nürnberg-Zeitung Morgenpost“ schreibt anlässlich der Einstellung des Verfahrens gegen Luppe: „Man endlich ist die ischamlose Heze der Nationalisten gegen den Oberbürgermeister zusammengebrochen. Wie ein Fremd wird dieser Mann geholt, kein Mittel war zu gemein, um es nicht anzuwenden und dadurch die verhasste politische Persönlichkeit endlich zur Strecke zu bringen. Die Masseninstinkte niedrigster Art wurden aufgesteuert und weiße Behörden, denen es eine Pflicht gewesen wäre, einzugreifen, winternten mit den Augen und sahen einfach nichts. Die Behörden gögen sich hinter treulich hergerichtete Paragraphen zurück, die doch auch ihre Lebensberechtigung nachweisen mußten, und freuten sich wohl innerlich, daß der Kampf gegen den Oberbürgermeister Luppe diese unüberwindliche und gebällige Form annahm. Es ist nur dringend zu wünschen, daß der Oberbürgermeister Luppe durch die Aufhebung der Suspendierung möglichst rasch wieder die Amtsgeschäfte übernehmen kann, da die Stadt Nürnberg zur Zeit ohne jede Führung durch einen Bürgermeister ist.“

Wälfisches Meisteil.

Bei einer Reichsgründungsfeier wälfischer Verbände in Nürnberg wurde der anwesende General Ludendorff als der Mann gefeiert, der sich auf Grund seiner Wälfenerfolge dem Schöpfer des Weimarschen Reiches an die Seite stellen könnte. Auch Julius Streicher wurde verheimlicht, der vor einigen Wochen, wegen der Verleumdung Luppes zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden ist und dem das Gericht, den Willen beschleunigt, den anderen in den Kot zu ziehen.“ Die ischamlose Heze der Wälfischen gegen Luppe ist inzwischen endgültig zusammengebrochen.

Es ist natürlich hoch und auch weit, wenn Brüder einträchtig beieinander wohnen. Ludendorff und Streicher saßen friedlich beieinander. Es ist besonders annehmlich, wenn man an die Verkünder Streichers denkt, die im Luppe-Prozess von einem Zeugen unter Eid ausgesagt wurde, nämlich, daß Streicher vor der Reichspräsidentenwahl äußerte, „er möchte Ludendorff ins Gefäß schlagen, und lieber würde er kommunistisch wählen, als ihm seine Stimme geben.“

Herr Bettwer, wie wird es Ihnen?

In Bernburg haben sich die wälfischen Führer Justizsekretär Hölzle und Dr. Tsch unter jubelndem Beifall des Straßenpublikums verprügelt. Der zweite Akt dieses Vorfalles wird im Gerichtssaal spielen, da Dr. Tsch gegen seinen „Heilgenossen“ Strafantrag gestellt hat.

Demokratischer Glückwunsch an Schoenich. Aus Anlaß des 60. Geburtstages des Generals von Schoenich hat der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei an den mutigen Vorkämpfer für ein neues und friedliches Europa ein Glückwunschtelegramm gerichtet.

Reichsregierung und Volksbegehren. In einer amtlichen Meldung ist mitgeteilt worden, daß die Reichsregierung die Zulassung des Volksbegehrens auf Einbringung eines Gesetzes über die Enteignung der Fürstentümer beschlossen hat, nachdem die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung erfüllt sind. Damit ist das Bad des Volksbegehrens ins Rollen gekommen. Die Listen werden vom 4. bis 17. März ausgelegt werden, und es kann auch angenommen werden, daß die nötigen vier Millionen Stimmen zur Einreichung aufgebracht werden. Die Prüfung des ersten Vorschlagsresultates wird aber voraussichtlich mehrere Wochen in Anspruch nehmen, da bei allen Zeichnungen die attive Wahlberechtigung festzustellen muß. Nach der Feststellung dieses Resultates ist die Reichsregierung verpflichtet, dem Reichstag ungekürzt das verlangte Gesetz mit einem Gutachten vorzulegen. Wenn der Reichstag dieses Gesetz

abgelehnt hat, muß der eigentliche Volksentscheid stattfinden. Während die Zulassung des Volksentscheides eine Angelegenheit des Reichsministeriums des Innern ist, ist der eigentliche Volksentscheid Sache des Reichskabinetts.

In einem offiziellen Kommentar hat die Reichsregierung jetzt bereits zu erkennen gegeben, daß sie sich den Inhalt des Begehrens, der eine entscheidungslose Entscheidung vorsieht, in keiner Weise zu eigen gemacht. Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ von zuständiger Stelle hört, betrachtet die Reichsregierung die dem Entwurf der Regierungspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung als eine geeignete Grundlage zur Mitarbeit. Auf Seiten der Reichsregierung wird man sich voraussichtlich vorerst eine gewisse Zurückhaltung aufweisen und zwar solange, bis über das Schicksal der Änderungsanträge Klarheit geschaffen worden ist. Die Regierung wird ihre Stellung erst dann formulieren, wenn sie den Gehalt der in der Form vor sich sieht, wie er aus der Ausschussberatung herausgekommen ist. Dann wird auch die Frage gestellt werden müssen, ob dieser Gehaltverfassungsfähigkeit ist und daher eine Zweidrittel-Mehrheit zur Annahme nötig hat. Wie derlei, wird vom Reichsministerium des Innern der Standpunkt vertreten, daß der Gehaltverfassung in seiner jetzt vorliegenden Fassung nicht verfassungsfähig ist. Das weitere Schicksal des Gesetzes ist nicht zuletzt von der Haltung der Sozialdemokraten abhängig, die ungenügender Weise seinerzeit verkannt haben, sich gegen die Kommunikation befriedigt, selbst wenn das Gesetz die Sozialdemokratie befriedigt, muß damit gerechnet werden, daß die Kommunikation auf der Durchführung des Volksentscheides bestehen, da die Sozialdemokraten allein die Durchführung des Volksentscheides nicht durchführen und durchsetzen können.

Ein deutschnationaler Generalführer wegen Urkundenfälschung bestraft. Ein etwas ungewöhnlicher Vorgang in der Generalführerbewegung spielte sich vor etwa Jahresfrist in Dresden ab. Der Deutsche Bankbeamtenverein hat sich dem Gewerkschaftsring angeschlossen. Diesen Anlaß glaubte der deutschnationale Handlungsgehilfenverband weidlich auszunutzen zu sollen. Er hat seine Funktionen angewiesen, eine lebhafte Verberatung gegen den Deutschen Bankbeamtenverband zu entfalten. Die Zeitung des Bankbeamtenvereins hat an verschiedenen Plätzen Konferenzen und Versammlungen einberufen, um die Kampfesweise des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes und die dadurch geschaffene Lage zu beraten. Eine solche Konferenz fand auch in Dresden statt. Der dortige Beauftragte des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes Otto Herrmann-Dresden schloß sich in diese Versammlung unter falschem Namen an, wobei er sich des Namens eines Mitgliedes des Bankbeamtenvereins sowie dessen Mitgliedsnummer bediente. Unter diesem falschen Namen meldete sich Herrmann scheinlich zum Wort und erklärte auf Befragen, daß er bei der Deutschen Bank angestellt sei. Es stellte sich jedoch heraus, daß diese Behauptungen des Herrmann unrichtig waren, insofern die Zeitung des Bankbeamtenvereins die Angelegenheit der Saatsanwaltschaft unterbreitete. Herrmann wurde wegen Urkundenfälschung zu 30. — Markt Geldstrafe verurteilt. Amtsgericht und Landgericht und Oberlandesgericht haben diese Handlungsweise des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes gebandmarkt. Die Revision vor dem Oberlandesgericht wurde abgewiesen mit dem Bemerkten, daß der Tatbestand des Paragraphen über die Urkundenfälschung erfüllt ist.

Wirtschaftsparteiler gegen die Beamten. Wir haben in unserer Nr. 5 nach der „Köflauer Zeitung“ eine Bemerkung des Herrn Wälfischen Collofer gebracht, die von Herrn Collofer als unrichtig bezeichnet wird. Herr Collofer schied uns die Nr. 3 der einhundertjährigen Haus- und Grundbesitzer-Zeitung, nach der er gesagt haben soll:

„Wir können uns diesen jetzigen Beamtenapparat nicht mehr leisten. Wir gehen noch Hunderte von Millionen für die Wohnungsbeamten aus, die wirtschaftlich nichts mehr zu tun haben. Weg mit ihnen und bezahlt dafür die Beamten, welche nötig sind!“

Wir wollen Herrn Collofer empfehlen, sich über den richtigen Wortlaut seiner Rede mit der „Köflauer Zeitung“ auseinanderzusetzen.

Zurückziehung des Gesetzentwurfes zur Förderung des Preisabbaues. Der Gesetzentwurf zur Förderung des Preisabbaues wird infolge des lebhaften Widerstandes dem sich auch die Deutsche Demokratische Partei angeschlossen hat, in seiner bisherigen Form dem Reichstag überhaupt nicht vorgelegt werden. Da es sich um einen Gesetzentwurf des ersten Kabinetts Luther handelt, ist das zweite Kabinett Luther in keiner Weise daran gebunden. Der erste Teil des Gesetzentwurfes, der sich mit der Abschaffung der Gehaltsausfälle befaßt, wird voraussichtlich als besonderes Gesetz mit möglicher Beschleunigung den gesetzgebenden Körperlichkeiten vorgelegt werden. Der zweite und dritte Teil des Gesetzes darf als erledigt gelten, während der letzte Teil eine Änderung in der Weise erfahren wird, daß auf dem Wege über die Annahmen Schiedsstellen eingerichtet werden, die bei Preisübersteuerung usw. zu entscheiden haben.

Arbeiterwohnen für die Angestellten. Die demokratische Reichstagsfraktion hat einen Änderungsantrag zum Personen- und Güterverkehrs-Steuergesetz eingebracht, der es ermöglicht, die Angestellten die billigen Arbeiterwohnen aus den Angestellten zu ziehen. Bis zum 1. April 1925 haben die Angestellten die Vergünstigung. Sie ist ihnen dann entzogen worden, obwohl allgemein anerkannt wird, daß die Gehaltsverhältnisse der Angestellten, im ganzen gesehen, nicht günstiger sind als die der Arbeiter. Biesach sind sie so-

gar noch ungünstiger. Es ist nicht einzusehen, warum dem um ihre Existenz schwer kämpfenden Angestellten nicht die gleiche Vergünstigung wie den Arbeitern gewährt werden soll.

Boodenverbesserung, Moorkultur, Oblanderschließung. Bei der Haushaltsberatung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft wurde ein auf einen Entschleunigten Antrag Dietrich (Baden) zurückgehender Entschleunigung angenommen, nach der aus den Ueberfällen der Reichsregierungsstelle zur Förderung der Boodenverbesserung, Moorkultur und Oblanderschließung bis zu 50 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt werden sollen.

Wirtschaftspartei und Wahlalter. Nachdem der Reichsminister des Innern hat mitteilen lassen, daß er demnächst ein neues Wahlgesetz vortragen will, glaubt auch die Wirtschaftspartei, daß sie jetzt berufen sei, Vorschläge zur Wahlreform zu machen. Im Reichsministerium des Innern hochschätzte man, das Wahlalter auf 21 Jahre festzusetzen. Von deutschnationaler Seite ist bekannt geworden, daß diese Partei sich für Herabsetzung des Wahlalters auf 25 Jahre entschieden hat. Da die Wirtschaftspartei auf jeden Fall etwas eigenes bringen muß, so hat sie jetzt einen Gesetzentwurf eingebracht, demzufolge das Alter, das zur Wahl berechtigt, auf 24 Jahre festgesetzt werden soll. — Es ist doch etwas gutes, wenn man auch einmal einen eigenen Gedanken hat. Daß dieser Vorschlag der Wirtschaftspartei freilich die notwendige Zweidrittel-Mehrheit findet, kann nicht angenommen werden.

Soziales

Unterstützung an ohne Pension ausgeschiedene Beamte. Auf die Anregung des Abg. Schuldt-Eieg (Dem.), den ohne Pension ausgeschiedenen Beamten und Sinterbehalten anlässlich der Reichsbadisungsendung eine Erhöhung der laufenden Unterstützung zuzuwenden, erklärt der Reichsfinanzminister, daß allgemein nicht in der Lage zu sein. Bei besonders ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen würden aber einmalige Unterstützungen gewährt werden, für deren Höhe die Zentralbehörde im Rahmen der bereitstehenden Mittel nicht beschränkt sei.

Lokales

Magdeburg, den 19. Februar 1926.

Herr Oscar Schley berichtet.

Wir haben in Nr. 6 in einer Polemik mit der „Elb- wach“ die Drucker Oscar Schley in Magdeburg erwähnt. Der Inhaber dieser Drucker fühlt sich verletzt wegen der „herabsetzenden und geschäftsfördernden Angriffe auf seinen Betrieb“. Er hat uns unter Berufung auf das Pressegesetz eine längere Berichtigung geschickt, die wir infolge ihrer Länge für zum Abdruck bringen. Herr Schley erklärt:

Es ist nicht wahr, daß meine Subdrucker „am in der Arbeitersprache einen Ausdruck zu gebrauchen, ein Anderthalbmann-Betrieb ist“. Was ich hat, daß mein Betrieb durchaus der Nezeit entspricht und in ihm z. H. ständig mindestens ein Personal von 10 Mann beschäftigt wird, was durchaus dem normalen Stande einer mittleren Magdeburger Drucker entspricht.

Magdeburg-Budau. Der Bürgerverein Budau-Insel hielt am Mittwoch, den 10. Februar 1926 abends 8½ Uhr seine Monatsversammlung ab, die von dem Vorsitzenden mit geschäftlichen Mitteilungen eröffnet wurde. Anschließend daran hielt Herr Stadtvordnehmer Dürr einen Vortrag, indem er ausging von dem Locarno-Vertrag bis zu den neuesten Ereignissen der Wälfischen Angriffe auf die deutsche Aktion zum Schutze der Wälfischen in Tirol. Er bedauerte, daß die Gehalts der Wälfischen von einzelnen heillospörrigen Persönlichkeiten geleitet würden, in gewöhnlichen Zeiten und unter normalen Verhältnissen hätten die Angriffe einen Sieg bedeutet. Er unterstreicht die Nothwendigkeit, daß die Länder sich unvoreingenommen in die Konfliktsituationen. Auf die innere Politik übergehend, bemängelte Redner, daß viel zu viel regieren, daß das Reich die Einzelstaaten und heute die Selbstverwaltung in ungenügender Weise bedachte. Nothwendig wäre es, wenn jeder Abgeordnete erst einmal Stadtvordnehmer gewesen wäre, denn die Grundlage aller Politik geht erst von der Kommunalität aus. Der Geist Stein's über die freie Selbstverwaltung sei längst dahin, und man könne heute mit Recht fordern, zurück zu dem Geist Stein's. Der Redner zitierte die Ausführungen der Oberbürgermeister im kommunalpolitischen Ausschuss der D. D. B. in Berlin, die durchweg sich beklagten über die Beschränkung in der Selbstverwaltung gerade in der Rastrifizierung. Des weiteren ging er auf die Finanzlage der Stadt ein, schilderte die einzelnen Etats, machte auf darauf aufmerksam, daß es bei einzelnen werdenden Werten vielfeicht notwendig sei, eine andere Verwaltungsart einzuführen, um Kosten gegenüber Leistungsfähig zu bleiben. Nicht anstand von Zahlen, sondern mehr sachliche Ausführungen über die einzelnen Etats fehlten die Zuhörer bis zum Schluß der interessanten Ausführungen. Dem Redner wurde der lebhafteste Beifall der Zuhörer zuteil. Des Wälfischen dankte dem Redner besonders für seine Ausführungen und schloß die Versammlung nach einer weiteren längeren Ausrede gegen 11/2 Uhr.

Magdeburger Volkshochschule. 1. Magdeburger Frauenverein, gemeinsam veranstaltet von der Ortsgruppe des Verbandes für Deutsche Frauenbildung und Frauenkultur e. B. und der Magdeburger Volkshochschule. Sonntag, den 28. Februar, vorm. 11 Uhr, Bürgerpalast (Raum 10).

Bezirk Halle.

Wastengeit im Stahlhelm.

Im Stahlhelm herrscht Wastentrübel. Er ist gleichsam über Nacht anscheinend zum „Bitter“ der republikanischen Staatsform geworden, denn sein Leibblatt, „Der alte Dessauer“ kann sich in den letzten Nummern nicht genug tun, um vor einer „roten Gefahr“, die aus der Organisation des KZB. aufsteige, und, wie er meint, das Reichshaus in Brand setzen könne, zu warnen. Diese Sorgfalt der Stahlhelm-Verwaltung um das Wohl und Wehe des Reichshauses wäre sehr nett, oder geradezu rührend, wenn sie echt wäre. Nach allem aber, was man sich von dieser Seite an Anwürfen und Wühlerereien gegen die bestehende Staatsform bisher geleistet hat, kann sie nur als schlecht kleidende Waste bewertet werden. Nur ein kleines Beispiel: Der Stahlhelmführer, Hauptmann a. D. Lüttner, hat ja erst kürzlich einem kommunistischen Redner, der in einer Versammlung in Bitterfeld auftrat, öffentlich lobend beiseigelt, daß dieser eine so glänzende nationale Rede gehalten habe, wie er (Lüttner) sie von einem Stahlhelmer nicht besser erwarten könne. Also, da muß doch ein Gleichklang der Seele vorhanden sein, der ja übrigens auch bisher bei allen Parlamentsabstimmungen recht augenscheinlich zutage tritt. Das läßt sich durch keine noch so staatsfreundlich gemähte Waste aus der Welt schaffen.

Ein weiteres Wastenspiel. Die Stahlhelm-Verwaltung „Der alte Dessauer“ speit Feuer und Flamme, weil eine Vereinigung in Halle, die Rheinländer und andere Volksgenossen aus dem Westen stammend zu ihren Mitgliedern zählt, kürzlich ein Wastenspiel in Form einer „wenegianischen Nacht“ veranstaltet habe. Das sei, so meint das Blatt, eine unerhörte Herabsetzung der nationalen Würde usw. — Ja, wenn wir recht anterschiedet sind, haben an dem betreffenden Abend einige „schlagfertige“ Stahlhelmer sogar vor den Türen des Festlokals ihrem Zorn in sehr geräuschvoller Weise Luft gemacht. — Diese Aufregung ist für das Stahlhelmblatt wiederum eine sehr schlecht gewählte Waste. Denn in Nr. 2 desselben Blattes kann man über die Faschismusherrschaft in Italien folgende Worte lesen:

„Mussolini Staatskunst hat es verstanden, seinem Vaterlande eine Stellung zu erringen, die ihm in frü-

heren Jahrzehnten verschlossen war. Tatsache ist, daß unter dem Littorenschilden Mussolini das Land neue Kräfte geammelt hat und Arbeit und Ordnung dort herrschen, wo ehemals Zerfahrenheit und Parteiwirtschaft alle Werte zerstörten. Mussolini hat gezeigt, wie überlebt und überfällig die liberale Doktrin und wie entscheidend die parlamentarische Maschine ist. Uns Deutschen muß es die Hauptaufgabe sein, unteren Staat ebenso hart und geschlossen zu machen, wie das faschistische Italien.“

Na, und mit einemmal das bitterböse Gesicht, weil andere Leute in der Wastengeit eine venizianische Nacht feiern! Wer Mussolini so, wie es der „Alte Dessauer“ tut, als Vorbild anerkennt, soll auch nicht in der Karnevalszeit Entrüstung gegen ihn mimen.

Uebrigens ist Uhermitzwach, wenn diese Zeilen im Druck erscheinen, schon vorüber. Hoffentlich gibt sich das Stahlhelmblatt dann wieder ohne Waste. Wie wäre es, wenn der linke Kadibulismus irgendeinen löblühnen Streich gegen den Staat unternähme und die sogenannten vaterländischen Verbände sich dann als angeblühne „Reiter“ empfehlen könnten! Oder, wenn der angeblühnte Latendrang eines geistestranken Diktators die außenpolitischen Verhandlungsfäden verwirren würde! In beiden Fällen würde sich das doch mit den geheimsten innerlichen Wünschen des Stahlhelmblattes decken und ein Agitationsmittel ersten Grades sein. Allerdings ist die Bewertung der sogenannten vaterländischen Verbände als „Reitertruppe“ um 99% Prozent gesunken, nachdem Reichswehrminister Gehler erklärt hat, diese Verbände genügen gerade noch den Ansprüchen, die früher die Dienstmädchen an das Militär stellten, nämlich den Ansprüchen an „Mist, Parade- und Vieh.“ Aber man kann ja doch so tun, als ob man die Republik über den Haufen rennen könne, wenn man nur wollte. Das wäre das alte Gesicht ohne Waste. Also, fort mit dem Karnevalsstram, alter Dessauer! H.

Kreismedizinalrat Dr. Kühnlein-Merseburg wird Provinziallandtags-Abgeordneter. Im Einverständnis der Parteileitung hat der als Spitzenkandidat der demokratischen Liste für den Regierungsbezirk Merseburg wählte Provinziallandtagsabgeordnete Landrat Dr. Krause-Krause sein Mandat als Abgeordneter nicht abgelegt. Die Niederlegung des Mandats als Abgeordneter wurde ausbleiben. An seine Stelle als Abgeordneter ist wiederum der Provinziallandtagsabgeordnete Herr Dr. Werber auf der demokratischen Liste stehende Dr. Kühnlein automatisch ein. Die Deutsche Demokratische Partei im Reg.-Bez. Merseburg verfügt also mit Einschluß der wichtigsten Ausschüßlichen, den Herr von Krause inne hat über drei Mitglieder im Provinziallandtag.

Galle. Gegen das Urteil im Prozeß gegen Oberleutnant Düsterberg, der wegen Beleidigung des Regierungspräsidenten Gröbner zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt wurde, haben Oberleutnant Düsterberg und Staatsanwalt Berufung eingelegt.

Neue Bücher

Lehrbuch des Schachspiels, Einführung in alle Zweige des Schachspiels von J. Berger, 5. Aufl. Preis geb. M. 2.50. Verlag, Berlin W. 15.

In Lehrbüchern und Anweisungen für das Schachspiel steht gewiß kein Mangel. Wenn es J. Berger, der hervorragende Meister und Theoretiker auf allen Gebieten des Schachs unternommen hat, einen neuen Versuch herauszugeben, so darf man überzeugt sein, daß ihn hierbei Gesichtspunkte leiteten, welche bisher außer acht gelassen wurden. Wie sehr er mit seiner Darstellung das Richtige getroffen ist, beweist die rasche Aufeinanderfolge der Auflagen. Berger lehrt die Elemente des Spiels in knapper und verständlicher Form; er ruht dem Anfänger nicht zu viel auf einmal beizubringen, er bietet die Gelegenheit, ihm einen Einblick in Tiefen des Schachs zu gewähren und sein Interesse am Schach zu wecken. Kurz, das interessante und schon aus dem letzten Buch, das sich auch als Geschenk eignet, kann man warm genug allen Freunden des Schachspiels und solchen, die werden wollen, empfehlen werden.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag Ludwig Münz, Magdeburg. Druck: Buchdruckerei der Allgemeinen Zeitung, Delitzsch.

Säumet nicht! Schließt Euch der deutschen demokratischen Partei an!

◆◆ Anzeigen aus dem Bezirk Magdeburg ◆◆

Konsum-Berein
für Magdeburg u. Umgeg.

Für die Konfirmation
Kleiderstoffe
in großer Auswahl!

Satintuche	2.40
Popeline	2.90
Popeline, reine Wolle	4.25 3.45
Serge, reine Wolle	3.75
Kleiderjammet, la. Qualität.	

Salzquelle
Jeden Sonntag:
Konzert
Anschließend
Tanzkränzchen.

Gesellschaftshaus
„Freundschaft“
Prälatenstraße 32.
Fernruf 1122
Jeden Sonntag
Gesellschaftsspiel
Einkl. Musik/Anfang 4 Uhr

Jalousien, Rolläden,
Zubehörschmitten
Reparaturen, Reparaturmaterial.
Jalousiefabrik Schmidt,
gegründet 1871.
Magdeburg, Helliggasse 24, Tel. 922

Homöopathische Biomedische
Krankenbehandlung
Maassen, Magdeburg,
Prälatenstr. 14 H, Ecke Himmelsstraße.
Sprechst. 9-4 Uhr, Sonntags 9-11 Uhr
Donnerstags keine. Harnuntersuchung

Das führende Spezialhaus für Webereiwaren!

Die Qualitäts-Mark!

Unsere Preise sind billig!

Friedrich Lohm
Webereiwaren • Breitweg 57/60

Hotel und Restaurant
„Weisser Bär“
Bekannt gute Küche.
Pilsener Urquell
Münchener Spatenbräu
Ad. Thünelgel.

D. D. P.
Fernsprecher
8095

Fernruf 7100
In Trauerfällen
Carl Ebeling
Hauptwache 8/9 am Alting Markt
Schrotstr. 26, Wilhelmstadt
Särge Eigene Fabrikate Solide Preise
Ueberführungen m. eig. Leichenautos
Leichenwäscherin jeder Zeit.

Werbt neue Abonnenten!

Denken Sie daran Ihre
Familien-Anzeigen
auch in unserer Zeitschrift aufzugeben

Meyer Michaelis
Gebr. 1884 Magdeburg Gebr. 1884
Gr. Märkerstr. 16 — Fernruf. 1424
Günstigste Bezugsquelle
für Söhl-, Oberleder u. sämtliche
Schuhmacher-Verbrauchartikel

